

auf das kooperative Konzept der „strategischen Grundlinie“ der „Gemeinsamkeit“ als überzeugendere Alternative zur Regierung darzustellen versuchte.<sup>64</sup>

## 3.2 Wahlen und Regierungsbildungen

### 3.2.1 *Der mühsame Weg der SPD zur zweiten Kraft*

Welchen Niederschlag fand die Aufarbeitung der jüngsten saarländischen Geschichte im Wählerverhalten? Nachdem der „Spuk“ des Abstimmungskampfes unmittelbar nach dem 23. Oktober 1955 sein plötzliches Ende gefunden hatte, war die innenpolitische Situation im Saarland so offen wie seit einem Jahrzehnt nicht mehr. Der Rücktritt von Johannes Hoffmann hatte - obwohl die Ablösung seiner Regierung eines der wichtigsten gemeinsamen Ziele der Heimatbundparteien gewesen war -<sup>65</sup> viele Fragen aufgeworfen. Die Restrukturierung der politischen Landschaft zwischen Volksabstimmung und Regierungsbildung durch den Heimatbund erinnern dabei stark an die unmittelbare Nachkriegszeit.<sup>66</sup> Mit der Übergangsregierung unter Heinrich Welsch<sup>67</sup> wurde ein Kabinett aus politisch „unbelasteten“ und für die internationalen Partner akzeptablen Personen quasi eingesetzt, das sich aufgrund des persönlichen Profils der Minister auch auf einen gewissen Vertrauensvorschuß bei den Saarländern berufen konnte. Nach außen hin sah das Kabinett seine Aufgabe vor allem in der Bewahrung von Ruhe und Ordnung und einem geregelten Übergang bis zur Neuwahl des Landtags.<sup>68</sup> Ein sehr wichtiger Unterschied zur Nachkriegszeit bestand jedoch darin, daß die Zulassung von Parteien nicht an eine weitergehende Überprüfung der von ihnen vertretenen politischen Positionen geknüpft war.<sup>69</sup> Nicht einmal die Zustimmung zum als Votum für Deutschland interpretierten Abstimmungsergebnis vom 23. Oktober 1955 stellte eine Zutrittsschwelle zum politischen

---

<sup>64</sup> Bouvier, SPD, S. 76ff.

<sup>65</sup> Eingängig und bis heute lebendig war der Wahlslogan „Der Dicke muß weg“; zur symbolischen Bedeutung siehe Albert H.V. Kraus, Die Saarfrage (1945-1957) im Spiegel der Publizistik. Die Diskussion um das Saarstatut vom 23.10.54 und sein Scheitern in der deutschen, saarländischen und französischen Presse, Saarbrücken 1988; Paul, Bastion, S. 46, Heinen, Marianne und Michel, S. 51.

<sup>66</sup> Zur Errichtung des Regierungspräsidiums: Heinen, Saarjahre, S. 64; Michael Sander, Die Entstehung der Verfassung des Saarlandes, in: Landtag des Saarlandes (Hg.), 40 Jahre Landtag des Saarlandes 1947-1987, Dillingen 1987, S. 9-40, hier: S. 11-15.

<sup>67</sup> Biographische Daten zu Welsch siehe: Hans-Christian Herrmann, Sozialer Besitzstand, S. 525f. Kritisch zu Welschs Funktionen im NS-Staat: Klaus-Michael Mallmann u. Gerhard Paul, Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich, Bonn 1991 (= Hans-Walter Herrmann (Hg.), Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935-1945 Bd. 2), S. 300ff.

<sup>68</sup> Sehr deutlich wurde dieses Selbstverständnis im Rahmen des Notenwechsels mit de Carbonnel im November 1955, LASB AA 454, Note der saarländischen Regierung an de Carbonnel v. 8.11.55.

<sup>69</sup> Die Erstzulassung von Parteien im Saarland nach dem Krieg und deren Beeinflussung in programmatischer Hinsicht war - zunächst nach Besatzungsrecht, dann nach eigener gesetzlicher Regelung des Saarlandes organisiert - einer der zentralen Kritikpunkte im Zusammenhang mit der Gewährung von politischen Freiheiten an der Saar, Winfried Becker, Die Entwicklung der Parteien im Saarland 1945 bis 1955 nach französischen Quellen, in: Hudemann u. Poidevin (Hgg.), Saar, S. 253-296, sowie die einschlägigen Artikel in: Richard Stöss (Hg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Opladen 1984.